

Unsere Forderungen:

- Das Recht auf Wohnen wird als Grundrecht in der Verfassung aufgenommen.
- Wohnungen werden von Stadt und Genossenschaften aktiv der Spekulation entzogen.
- Wohnungen der IBS werden zur Kostenmiete vermietet. (Ausgenommen Luxuswohnungen).
- Staatlich unterstützte Genossenschaften vermieten einen Teil der Wohnfläche vergünstigt.
- Abbruch und Umnutzung von Wohnungen wird verboten, wenn dadurch günstige Wohnungen ersatzlos verloren gehen.
- Die Stadtentwicklung dient der Bevölkerung nicht dem Standortwettbewerb.
- Neubauten werden nicht auf Kosten von Grün- und Freiflächen erstellt, solange Umnutzungs- und Verdichtungspotential von bereits überbauten Arealen besteht.
- Mietwucher bei Sozialhilfe und EL muss verhindert werden.

LISTE 8
BÜNDNIS GRÜNE BASTA! JGB

Basta!

Basels starke Alternative

Recht auf Wohnen

Basel muss für alle Bevölkerungsschichten eine lebendige und wohnliche Stadt bleiben. Während einerseits der Mietwucher mit Sozialhilfe und EL-Geldern voran getrieben wird, nimmt die Wohnungsnot zu und Wenigverdienende werden aus der Stadt verdrängt. Basta! setzt sich deshalb für eine aktive Wohnpolitik ein, um den drohenden Verlust an städtischer Vielfalt zu verhindern. Basel darf nicht zu einem Ghetto für Reiche verkommen.



Logo der Initiative
"Recht auf Wohnen"

Neubauten sind auch bei Verzicht auf unnötigen Luxus und bei Vermietung nach Kostenmiete für viele nicht bezahlbar. Gemeinnützige Wohnbauträger, die vom Kanton unterstützt werden, sollten deshalb mittels einer Querfinanzierung innerhalb der Genossenschaft einen Teil der Wohnungen vergünstigt vermieten. Bei Überbauungen von Privaten, für die ein Bebauungsplan notwendig ist, soll festgeschrieben werden, dass ein Teil der Wohnungen zur Kostenmiete vermietet werden muss.

Kantonalen Wohnraum schaffen!

Der Schwerpunkt bei der Lösung der Wohnungsnot muss aber beim Erhalt von günstigen und bezahlbaren Wohnungen liegen. Liegenschaften mit günstigen Wohnungen müssen aktiv der Spekulation entzogen werden. Die Stadt Basel muss dabei selbst aktiv werden, aber auch Genossenschaften unterstützen. Der Abbruch und die Umnutzungen von Wohnungen, aber auch Airbnb müssen verboten werden, wenn nicht gleichzeitig mindestens gleich viele günstige Wohnungen geschaffen werden. Die heute den Familien vorbehaltenen Mietzinsbeiträge müssen auch für Einzelpersonen zugänglich gemacht werden. Denn nicht nur Familien können in Notlagen kommen. In Basel leben aktuell mehr als 500 Menschen ohne festes Zuhause. Das ist nicht akzeptabel!



CC Peronimo auf flickr

Recht auf Stadt

Ein lebenswertes Wohnumfeld ist mehr wert als die Interessen multinationaler Firmen, die Rendite der Aktionäre und Prestigebauten. An den Beispielen Rocheturm und Rheinhattan sieht man, dass der Wille von multinationalen Firmen mehr Gewicht hat als ein lebenswertes Wohnumfeld. Das wollen wir ändern.



Entwurf Rheinhattan

<http://infam.antville.org/stories/2219123/>

Die „Aufwertung“ von Quartieren darf nicht dazu führen, dass weniger finanzkräftige Mieterinnen und Mieter verdrängt werden. Die Stadtentwicklung muss sich deshalb an den grundlegenden Bedürfnissen der Stadtbevölkerung orientieren. Die Mitwirkung der Quartiere muss ernst genommen und möglichst viel der schrittweisen Entwicklung durch lokale AkteurInnen überlassen werden. Neben Platz fürs Wohnen und Arbeiten, braucht ein lebendiges Quartier auch grosszügige Grün- und Freiräume, die nicht in jedes Detail verplant sind und sich mit den Bedürfnissen der Quartiere ändern können.

Auch Aufwertungen, die für die Bevölkerung gedacht sind, können die Mieten verteuern. Eine aktive Wohnpolitik ist deshalb in „Aufwertungsgebieten“ besonders wichtig, damit die Aufwertung nicht zur Verdrängung führt.